

- (A) **Kai Gehring** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Wenn Schwarz-Gelb einen solchen Kurswechsel einleitet, dann haben sich die Bildungsstreiks gelohnt.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Das Wort hat die Bundesministerin Dr. Annette Schavan.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Dr. Annette Schavan, Bundesministerin für Bildung und Forschung:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Im Studienjahr 2009 beginnen 423 000 Studierende ihr Studium, so viele wie noch nie in Deutschland. Ein Plus von 7 Prozent.

(Michael Kretschmer [CDU/CSU]: Sehr gut!)

Im Studienjahr 2009 nehmen nun über 43 Prozent des Jahrgangs ein Studium auf, weil sie davon überzeugt sind, dass das attraktiv ist.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Nicole Gohlke [DIE LINKE]: Ja – und die Abbrecherquote?)

- (B) Deutschland ist außerdem nach den USA und Großbritannien das drittbeliebteste Gastland für Studierende aus aller Welt. Auch das ist ein guter Hinweis auf die Attraktivität des Wissenschaftssystems in Deutschland.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Florian Pronold [SPD]: Da haben Sie lange in der Statistik suchen müssen, bis Sie so etwas gefunden haben!)

Angesichts dessen finde ich, die Reden, die ich eben gehört habe, sind schlicht ziemlich gewagte Auftritte.

(Lachen bei Abgeordneten der LINKEN)

Sie tun so, als kämen Sie aus einer anderen Welt, hätten mit Bildungspolitik in Deutschland gar nichts zu tun.

(Zuruf der Abg. Nicole Gohlke [DIE LINKE])

Interessanterweise, verehrte Frau Kollegin, haben die Streiks in Brandenburg und Berlin begonnen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich dachte, in Österreich! – Weitere Zurufe von der SPD und der LINKEN)

In Brandenburg und Berlin

(Ulla Burchardt [SPD]: Freiburg!)

– zu Freiburg komme ich gleich – regieren SPD und Linke.

(René Röspel [SPD]: Das ist gut so!)

- Also gebe ich Ihnen den guten Tipp: Sorgen Sie doch einfach einmal dafür, dass man irgendwann in Deutschland sagt:

(Nicole Gohlke [DIE LINKE]: Das ist ein bundesweiter Streik!)

Bildungspolitik in Brandenburg und Berlin ist super. – Bislang kommt in Deutschland niemand auf die Idee, in Berlin eine besonders gute Bildungspolitik vorzufinden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Widerspruch bei der SPD und der LINKEN – Zurufe der Abg. Ulla Burchardt [SPD])

– Sie haben eben geredet, und ich war still; jetzt rede ich, und Sie sind still. Ja, so sind die Spielregeln im Parlament.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Zuruf des Abg. Swen Schulz [Spandau] [SPD])

Weder in Brandenburg noch in Berlin gibt es Studiengebühren. In beiden Ländern können Studierende überhaupt nicht gegen Studiengebühren demonstrieren, weil es da keine gibt.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP – Nicole Gohlke [DIE LINKE]: Ja, Gott sei Dank!)

Gewagt finde ich

(Zuruf der Abg. Ulla Burchardt [SPD])

- Frau Burchardt, ich bin jetzt am Umlernen; wenigstens haben Sie jetzt für die Opposition geredet und nicht mehr für die eigene Koalition; das beruhigt mich –

(Ulla Burchardt [SPD]: Aber das weiterbildende Lernen sollte auch für die Regierung gelten!)

schon, dass von Ihnen, kaum dass das Statistische Bundesamt die neuen Studienanfängerzahlen veröffentlicht hatte, eine Pressemitteilung mit dem Inhalt kam: Der Jubel sei verfrüht.

(Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Recht hat sie!)

Da argumentieren Sie mit den Stärken der Jahrgänge. Ja, das sagen Sie. Aber die einzige Zeit, in der die Stärke der Jahrgänge und die Prozentzahl derjenigen, die ein Studium aufnehmen, sich unterschiedlich entwickelt haben, waren die Jahre 2003 bis 2006. Da hat genau das gestimmt, was Sie sagen: stärkere Jahrgänge, dennoch Rückgang der Zahl derer, die studieren. Seit 2006 ist es anders. Heute ist völlig klar: starke Jahrgänge und noch stärkerer Andrang an den Hochschulen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP – Zurufe von der SPD)

– Die Debatte ist ein Vorgeschmack auf die kommenden vier Jahre. Ich nehme das an. Das macht mir großen Spaß. Sie müssen nur mit all dem, was Sie sagen, irgendwie auch in der Öffentlichkeit bestehen können.

Bundesministerin Dr. Annette Schavan

- (A) (Nicole Gohlke [DIE LINKE]): Gehen Sie doch mal in Versammlungen! Gehen Sie doch einfach mal zu den Leuten!

Sehen Sie sich einmal den Zuwachs bei den Zahlen der Studienanfänger in den Ländern an. Die höchsten Zuwachsquoten gibt es in Nordrhein-Westfalen, in Baden-Württemberg, in Bayern, also in Ländern, in denen es Studiengebühren gibt. Denn für die Studierenden ist nicht interessant, ob es eine Studiengebühr gibt, sondern interessant ist, was sie an einer Universität erwartet, wo es die besten Lehrkonzepte gibt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP –
Widerspruch bei der LINKEN)

Den Vergleich können Sie anhand folgender Zahlen selber ziehen: In Nordrhein-Westfalen beträgt der Zuwachs 8,2 Prozent, in Baden-Württemberg 7,3 Prozent, in Bayern 9,2 Prozent, in Brandenburg, Bremen und Rheinland-Pfalz 4 Prozent. Auch wenn einem das nicht passt: Das sind die Fakten. Die Studierenden haben ein gutes Gespür dafür, wo sie ernst genommen werden.

(Ulla Burchardt [SPD]: Und wann veröffentlichen Sie die HIS-Studie, die Sie zurückhalten?)

– Es wird überhaupt keine Studie zurückgehalten. Sie wird dann veröffentlicht, wenn sie fertig ist.

(Ulla Burchardt [SPD]: Die liegt vor!)

In drei Wochen wird eine weitere Studie veröffentlicht. Darin sind die Studierenden befragt worden, wie zufrieden sie sind und was ihnen wichtig ist. Das wird eine wunderbare Debatte geben. Ich freue mich schon sehr auf die Veröffentlichung.

- (B) (Ulla Burchardt [SPD]: Seit Juni liegt die nämlich vor!)

(Ulla Burchardt [SPD]: Seit Juni liegt die nämlich vor!)

Aus all dem können Sie ersehen, wie sehr die Studierenden spüren: In diesem Land ist etwas los,

(Ute Kumpf [SPD]: Das merkt man!)

hier bewegt sich etwas, hier wird investiert. Diejenigen, die Verantwortung tragen, aber mit dieser Verantwortung nicht fertig werden, sollten sich überlegen, was sie sagen.

(Michael Leutert [DIE LINKE]: Völlig richtig!)

Ich mag ja die Kollegen und Kolleginnen von den Grünen sehr. Nur, die Schulreform in Hamburg ist für sie jetzt zumindest ein Kommunikationsproblem. Ich sage das einmal ganz vorsichtig: Das ist überhaupt noch nicht vollendet. Man kann lange darüber diskutieren, warum. Jedenfalls ist die Öffentlichkeit in Deutschland nicht von jedem Satz, den ich unaufhörlich von Ihnen höre, überzeugt. Da haben Sie ein politisches Problem. So einfach ist das.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Abschließend will ich sagen: Ich nehme die Studierenden ernst, sowohl im Sommer als auch heute.

- (Frank Schwabe [SPD]: Wann kommen Sie zum Thema?)

(C)

Ernst nehmen heißt: auch widersprechen.

(Nicole Gohlke [DIE LINKE]: Sie irren sich aber!)

Ernst nehmen heißt: korrigieren. Die Korrekturen sind beschlossen, und sie werden umgesetzt. Die Bundesregierung investiert 12 Milliarden Euro. Sie hat in der letzten Legislaturperiode ungewöhnlich viel geholfen. Liebe Frau Burchardt, wenn Sie mir da wieder mit der Agentur und dem Bologna-Prozess kommen, kann ich nur sagen: In der Tat, die rot-grüne Bundesregierung hat diese Reform 1999 in Gang gesetzt.

(Ulla Burchardt [SPD]: Und das Geld angeboten, Frau Schavan! Und Sie behaupten öffentlich Falsches!)

Ich stehe dazu. Ich halte die Einführung für richtig. Aber die Frage, wer welchen Pakt mit den Ländern umsetzt, ist eine Frage der politischen Kunst. Es ist etwas anderes, ob ich als Bundesregierung den Eindruck erwecke, dass ich unentwegt Reformen mache, die irgendwie gegen die Länder gerichtet sind, oder ob ich mit den Ländern gemeinsam Vorhaben wie den Hochschulpakt, die Exzellenzinitiative und anderes umsetze.

(Ulla Burchardt [SPD]: Sie haben aus Prinzip alles blockiert, was von Rot-Grün gekommen ist!)

Wir haben es umgesetzt, und Sie sind beim Bundesverfassungsgericht gescheitert. Das ist die Realität. Es waren nicht die B-Länder, sondern das Bundesverfassungsgericht.

(D)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und deshalb haben Sie das Kooperationsverbot verhandelt!)

Die Maßnahmen sind genannt worden: Weiterentwicklung des BAföG, nationales Stipendienprogramm, Bildungssparen. So sieht eine Politik guter Balance aus.

(Ute Kumpf [SPD]: Der Ungerechtigkeit!)

Auf diese Weise machen wir deutlich, dass wir zu den Studierenden stehen und zu der Aussage, dass für jeden in dieser Gesellschaft gilt: Investition in Bildung lohnt sich.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Die Abgeordnete Daniela Kolbe hat das Wort für die Fraktion der SPD.

(Beifall bei der SPD)

Daniela Kolbe (Leipzig) (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Ministerin! Vorgestern zogen circa 10 000 Studierende anlässlich der Hoch-